

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Einsatz von Spionagesoftware durch bayerische Behörden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umfassend zu den aktuellen Vorwürfen in Bezug auf den Einsatz von Spionagesoftware (dem sog. „Staatstrojaner“) Bericht zu erstatten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie oft wurde (auf wie vielen Rechnern) die vom Chaos Computer Club entdeckte Schadsoftware verwendet?
2. Besteht für überwachte Personen nun die Möglichkeit festzustellen, dass eine Telekommunikationsüberwachung stattfindet? Ist es den „Überwachten“ möglich, diese Software nun zu „extrahieren“ und für eigene Zwecke zu verwenden, und wie gedenkt die Staatsregierung dies gegebenenfalls zu verhindern? Inwiefern ist die Software gegen eine Zweckentfremdung geschützt?
3. Wem wurde die Software noch zur Verfügung gestellt? Wurde sie insbesondere an das Landesamt für Verfassungsschutz oder andere Landesämter für Verfassungsschutz weitergegeben?
4. Welche Vorgaben gibt es für die Zertifizierung derartiger Programme? Wie wird gewährleistet, dass derartige Programme den verfassungsrechtlichen Vorgaben genügen?

Begründung:

Dem Chaos Computer Club (CCC) wurde nach eigenen Angaben eine staatliche Software für das heimliche Ausspähen von Computern zugespielt. Nach einer Analyse dieses Programms erhebt der CCC schwere Vorwürfe gegen staatliche Stellen, da mit dem Einsatz des Trojaners Ermittlungsbehörden massiv gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verstoßen würden. Das Bundesinnenministerium hat auf die Vorwürfe hin erklärt, das Bundeskriminalamt habe den kritisierten Trojaner nicht eingesetzt. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bestätigte nun, dass die Software einem Ermittlungsverfahren der Bayerischen Polizei von 2009 zugeordnet werden kann. Auch die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verlangt nun von den bayerischen Behörden eine rasche Aufklärung der Vorgänge.